

## **Stadtratssitzung vom 16.05.2007**

### **Rede zur Stadionfinanzierung**

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,**

die Stadtratsfraktion ödp/Freie Wähler sieht in der Vereinbarung des Landes Rheinland-Pfalz, der Stadt Mainz und dem Verein Mainz 05 zum Neubau des Fußballstadions eine politische Bankrotterklärung. Dies, was uns heute hier von der Verwaltung und den haushaltstragenden Fraktionen vorgelegt wurde, ist ein Skandal.

Angesichts der leeren Stadtkasse und vieler Kürzungen ist dieses Finanzierungsmodell für die Stadt ein enormes Risiko, denn eins ist jetzt klar: Die Stadt Mainz baut ein Fußballstadion und muss finanziell bluten. Nicht das Land, nicht der Verein. Das können ödp/Freie Wähler in Verantwortung gegenüber dem städtischen Haushalt und den Bürgerinnen und Bürger so nicht unwidersprochen hinnehmen.

Es ist für uns unerklärlich, weshalb die Stadtspitze bewusst solche einseitigen Verträge abschließt. Da kann man nur sagen: Sieg für Mainz 05 und volles Risiko für die Stadt. Die Stadionfinanzierung führt zwangsläufig zu Kürzungen bei Sozialem, Kultur und Sport – ich werde dazu später in meiner Haushaltsrede bestimmte Aspekte genauer beleuchten. Aber um nur eines zu sagen: Gestern debattierten wir im Finanzausschuss kontrovers über die Kosten für die Sammlungsmagazine des Naturhistorischen Museums mit einem enormen naturhistorischem Wert, heute holen wir uns rund 33 Millionen Euro sozusagen aus der Portokasse.

Natürlich haben wir nichts gegen den Bundesligafußball in Mainz. Und natürlich ist uns bewusst, dass es sich bei Mainz 05 um einen wichtigen Imageträger und Gewerbesteuerzahler handelt. Und wir haben auch nichts gegen ein neues Stadion. Aber der finanzielle Rahmen, der hier ausgehandelt wurde, zwingt uns zur Distanz zu diesem Projekt.

Schauen wir uns die Zahlen doch einmal genau an: Zunächst muss die Stadt einerseits 7,5 Millionen Euro für die Infrastruktur zur Verfügung stellen (die über den Landeshauptstadtzuschuss durchgeschleusten Mittel des Landes lasse ich einmal außen vor), andererseits wird die Stadt über eine Tochtergesellschaft, die GVG, einen Kommunalkredit über 32,5 Millionen Euro für den Bau des Stadions aufnehmen. Dafür übernimmt die Stadt eine Ausfallbürgschaft. Dieser Kredit soll über eine jährliche Pacht von 3,3 Millionen Euro in der ersten und von 2,3 Millionen Euro in der zweiten Bundesliga durch den Verein finanziert werden. Der Verein leistet ferner nur eine Sicherheit von 7,5 Millionen Euro, die in die Tochtergesellschaft einfließt. Wird keine Pacht gezahlt, so werden diese mit den 7,5 Millionen Euro

verrechnet. Sollte aber alles nach Plan verlaufen, so bekommt der Verein die 7,5 Millionen Euro sogar wieder zurückerstattet. Sollte also der Verein z.B. in die Regionalliga absteigen oder andere finanzielle Probleme beim Stadionbau auftauchen, z.B. ungeplante Mehrkosten oder steigende Zinsen, dann trägt ausschließlich die Stadt Mainz das Risiko und bei Erfolg muss sich der Verein noch nicht einmal finanziell an dem Stadionbau beteiligen. Gewinne werden also privatisiert, Verluste sozialisiert. Eine „tolles“ Modell, was viele mittelständische Unternehmer in Zukunft mit Neid betrachten werden. Und viele Frage sich auch, warum es keinen privaten Investor bei der Stadionfinanzierung gibt?

Fußball regiert die Welt? Stimmt dieser Slogan auch für Mainz? Offenbar lassen sich die Fraktionen wie auch die Dezernenten von Personen einschüchtern, die nicht in Mainz ihren ersten Wohnsitz haben. Der Finanzdezernent Kurt Merkator hat doch die Problematik in seiner Haushaltsrede am 06. Dezember 2006 doch sehr eindeutig dargestellt:

Ich zitiere: *„Verlangt wird neuerdings zusätzlich eine finanzielle Beteiligung am Bau des Stadions selbst – eine Forderung, die ich als Finanzdezernent mehr als kritisch sehe.*

*Welche Kosten in welcher Höhe beim Bau eines neuen Stadions von Land oder Stadt übernommen werden, aus welchen Töpfen die Mittel kommen, wird noch verhandelt, ist aber im Grunde nebensächlich. Es handelt sich um Steuergelder, was das Land mehr gibt, kommt über den Finanzausgleich wieder weniger an die Stadt zurück. Linke Tasche. Rechts Tasche.“*

Dann geht der Finanzdezernent auf einige Zahlen ein, aber dann die Aussage:

*„Als Finanzdezernent... hätte ich mir in dieser Frage aus vielerlei Gründen ein etwas zurückhaltenderes Engagement der öffentlichen Hand und die Einbindung eines professionellen privaten Investors gewünscht...“* Zitat Ende.

Wir wundern uns schon, in welcher Gesellschaft sich unsere Fraktion neben vielen Mainzer Bürgerinnen und Bürger befindet: Auch der Steuerzahlerbund oder gar Pro Mainz haben sich gegen eine solche Finanzierung positioniert. Und schauen Sie sich doch die Leserbriefe an: Den Jubel der Konsensparteien watschen die Bürger in ihren Leserbriefen deutlich ab. Wir sind sich sicher, dass die Mainzer Bürgerinnen und Bürger wie auch die Mainzer 05-Fans die Sache wesentlich kritischer bewerten. Daher prüfen hier derzeit gerade juristisch und politisch, inwieweit ein Bürgerbegehren den heutigen Stadtratsbeschluss zu Fall bringen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

für die Finanzierung und den Bau eines neuen Fußballstadions für den 1. FSV Mainz 05 dürften angesichts der Haushaltslage und Defizit von über 500 Millionen Euro keine städtischen Gelder zur Verfügung gestellt. Ich beschwöre Sie daher, heute diesen Anträgen nicht zuzustimmen.

Für den Fall, dass eine Stadtratsmehrheit beschließt, dass trotzdem städtische Gelder für das o.a. Projekt zur Verfügung gestellt werden, muss die Finanzierung des Stadionneubaus insbesondere für den Abstiegsfall von der 2. Bundesliga in die Regionalliga (was wir alle für unseren Haushalt nicht hoffen) von der Verwaltung im Hinblick auf die finanzielle Tragfähigkeit (Abzahlung der Zinsen und Verbindlichkeiten) überprüft werden. Damit ist in Zukunft unser Haushalt auch vom Wohl und Wehe des Bundesligaranges von Mainz 05 abhängig.

Denn, meine Damen und Herren, mit großer Sorge sehen wir die misslungene Stadionfinanzierung in Kaiserslautern und befürchten auch für Mainz ein solches finanzielles Desaster, wenn irgendetwas wirtschaftlich oder sportlich nicht so läuft wie ursprünglich es sich heute darstellt. Die Stadionfinanzierung von Kaiserslautern, wo bisher 70 Millionen Euro Landesmittel geflossen sind und die Stadionsgesellschaft der Stadt Kaiserslautern, die mit einem dicken Minus arbeitet, sollte uns also ein warnendes Beispiel sein. Da bei großen Bauprojekten die Kosten immer um mindestens 10% steigen, ist auch beim Mainzer Stadionprojekt ein finanzielles Bermudadreieck zu befürchten.

Offene Fragen gibt es auch zum Stadion am Bruchweg, wo über viele Jahre städtische Gelder geflossen sind. ödp/Freie Wähler interessiert insbesondere, ob es hier noch Zahlungsverpflichtungen über 2009 hinaus gibt und wie das Stadion in Zukunft genutzt werden soll. Sind andere überraschende Folgekosten zu erwarten? Dazu liegt ihnen heute eine Anfrage von uns vor.

Offene Fragen gibt es auch am geplanten Standort am Europakreisel. Einige Landwirte wehren sich zu Recht gegen eine mögliche Enteignung. Und einige Landwirte beklagen zu Recht, dass hier wertvolles und fruchtbares Ackerland überbaut wird. Die besten Böden in Mainz.

Etwas anders stellt sich für uns die Lage beim Einwohnerantrag dar: Hier heißt es: „Der Stadtrat unterstützt den Verein Mainz 05 bei Planung, Bau und Finanzierung eines neuen Stadions...“ Einrichtiger Ansatz: Der Verein baut! Es werden zwar finanzielle Zuschüsse auch von der Stadt eingefordert, die die Fraktion ödp/Freie Wähler eindeutig ablehnen, allerdings wird darin die Welt zurechtgerückt, dass nämlich der Verein ein Stadion bauen soll. Damit wäre auch klar, wer das finanzielle Risiko trägt.

Abschließend fragen wir uns aber trotzdem, warum der Verein so vehement gegen den Einstieg eines Investors gewehrt hat? Die Antwort befindet sich im o.a. Verhandlungsergebnis. Die Politik hat entschieden, dem Verein kostengünstig ein Stadion zu finanzieren.

Unser Fazit also: Es ist ein Skandal, dass die Stadt mit ihren über 500 Millionen Euro Schulden sich jetzt noch mal 47,5 Millionen Euro aufhast und das volle Risiko trägt. Deshalb plädieren wir auf Ablehnung.

Dr. Claudius Moseler